

Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der Schweiz, für deren weitere Ausgestaltung gute Möglichkeiten gegeben seien.»

Ich ersuche den Bundesrat, über den gegenwärtigen Stand der vermögensrechtlichen Verhandlungen mit der DDR zu berichten. Insbesondere wäre interessant zu erfahren, ob die Vermögensverhandlungen anlässlich des Besuches von Staatssekretär Probst erörtert wurden und ob in der Folge mit einem baldigen Abschluss eines Entschädigungsabkommens gerechnet werden kann.

Texte de l'interpellation du 16 décembre 1982

La Suisse avait demandé, lorsqu'elle noua des relations diplomatiques avec la République démocratique allemande en 1972, que des négociations soient ouvertes sur l'indemnisation des biens suisses sis dans ce pays. Les pourparlers qui ont eu lieu par la suite à répétition n'ont donné aucun résultat connu.

Cette année, à la fin du mois de novembre, M. Probst, secrétaire d'Etat, a eu des entretiens à Berlin avec plusieurs personnalités importantes du gouvernement est-allemand. Dans une communication publiée dans cette ville et qui a été reproduite par notre presse, il est dit que les interlocuteurs ont tenu à attirer l'attention sur l'évolution favorable des rapports entre la RDA et la Suisse, et qu'on peut espérer qu'ils se développeront encore.

Je demande au Conseil fédéral de faire rapport sur l'état actuel des négociations menées avec la République démocratique allemande sur les droits patrimoniaux suisses. Il serait particulièrement intéressant de savoir si ces questions ont été examinées lors de la visite de M. Probst dans ce pays et si on peut espérer qu'un accord d'indemnisation sera bientôt conclu.

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates
Rapport écrit du Conseil fédéral*

Seit Aufnahme der vermögensrechtlichen Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1973 fanden sechs Verhandlungsrunden auf der Ebene der Delegationschefs und zehn Expertenbesprechungen statt. In der ersten Phase der Verhandlungen ging es vor allem darum, die aufgrund der öffentlichen Aufrufe des Eidgenössischen Politischen Departements vom 1. Dezember 1975 und 23. Mai 1977 eingegangenen Anmeldungen schweizerischer Vermögenswerte und Forderungen zu prüfen und sie – sofern sie die völkerrechtlichen Voraussetzungen erfüllten – den Behörden der DDR offiziell zu unterbreiten. Von den rund 2500 übermittelten Einzelfällen konnten bisher 2200 Fälle besprochen werden. Infolge der oft komplexen tatbestandlichen und rechtlichen Verhältnisse (mangelnde Beweismittel, Erbfälle usw.) erwies sich die Legitimationsphase als langwierig; sie wird aber voraussichtlich im Laufe des Jahres 1983 abgeschlossen werden können.

Nachdem der Umfang der schweizerischen Forderungen den DDR-Behörden bekannt ist, bildet zurzeit die Frage der Bewertung den Schwerpunkt der Verhandlungen. Die letzte Verhandlungsrunde vom November 1982 befasste sich denn auch vorwiegend mit diesem Thema. Während die schweizerische Delegation wie üblich eine prompte, effektive und adäquate Entschädigung (Verkehrswert im Zeitpunkt des staatlichen Eingriffs zuzüglich Verzugszinsen bis zum Abschluss des Abkommens) verlangte, beharrte die Delegation der DDR darauf, in jedem einzelnen Fall den heutigen Wert des schweizerischen Vermögens ausschliesslich nach DDR-Recht zu ermitteln. Der in diesem Sinne errechnete sogenannte Zeitwert basiert im wesentlichen auf den seit 1944 eingefrorenen gesetzlichen Höchstpreisen, vermindert um die seitherigen Aufwendungen. Anhand konkreter Beispiele konnte errechnet werden, dass diese Bewertungsmethode im Endergebnis zu einer völlig ungenügenden Entschädigung führen würde. Angesichts

der gegensätzlichen Standpunkte in der Bewertungsfrage und im Bestreben, die Verhandlungen möglichst zu beschleunigen, wurde schweizerischerseits vorgeschlagen, aufgrund von unabhängig voneinander ermittelten globalen Summen weiterzuverhandeln, was von der DDR-Delegation jedoch bisher ebenfalls abgelehnt wurde. Auch in den Verhandlungen, die andere Staaten mit der DDR führen, bildet die Bewertungsfrage gegenwärtig das zentrale Verhandlungsproblem, ohne dass bisher eine befriedigende Lösung hätte gefunden werden können.

Im übrigen hält die DDR an ihren schon früher angemeldeten Gegenforderungen, zum Beispiel infolge angeblicher Missachtung als Völkerrechtssubjekt durch die Schweiz fest; sie erhebt zudem Anspruch auf einen Anteil an den nach dem Zweiten Weltkrieg gesperrten deutschen Vermögenswerten in der Schweiz. Ungelöst sind auch die Fragen im Zusammenhang mit der Rechtsnachfolge des ehemaligen Deutschen Reiches. Trotz all diesen Schwierigkeiten wird die schweizerische Delegation auch weiterhin die legitimen schweizerischen Ansprüche mit allem Nachdruck vertreten. Infolge des überlasteten Terminkalenders unseres Verhandlungspartners wird es allerdings erst im September dieses Jahres möglich sein, die Gespräche auf Delegationschefebene weiterzuführen.

Die Schweiz hat auch ausserhalb der offiziellen Verhandlungen wiederholt die Gelegenheit benützt, die Behörden der DDR auf die Bedeutung der hängigen Vermögensverhandlungen hinzuweisen. So hatte Ende November 1982 auch Staatssekretär Probst bei seinen Gesprächen mit Regierungsvertretern der DDR in Berlin den Wunsch unterstrichen, möglichst bald zum Abschluss eines für beide Teile annehmbaren Entschädigungsabkommens zu gelangen. Er wies darauf hin, dass die von der DDR erwünschte Verbesserung der Beziehungen zur Schweiz behindert wird, solange in der Frage der Vermögensverhandlungen keine befriedigende Lösung habe getroffen werden können.

In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, dass die durch Presseagenturen in der Schweiz verbreiteten Berichte über die von Staatssekretär Probst in Berlin geführten Gespräche ausschliesslich von DDR-Seite stammten. Es handelt sich also nicht um eine gemeinsam abgegebene Presseerklärung. Die vom Interpellanten zitierte Pressemeldung gibt deshalb nur ein teilweise zutreffendes Bild dieser Gespräche wieder.

Obwohl auch in den erwähnten Gesprächen von Staatssekretär Probst erneut das ernsthafte Interesse der DDR an einer Regelung aller vermögensrechtlichen Fragen bestätigt wurde, erscheint es im heutigen Zeitpunkt noch nicht möglich, ein Datum für den Vertragsabschluss zu nennen. Der Bundesrat wird alles daran setzen, um möglichst rasch zu einem vertretbaren Abkommen zu kommen, das in der Folge den eidgenössischen Räten zur Genehmigung zu unterbreiten sein wird.

Präsident: Der Interpellant verlangt Diskussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion offensichtliche Mehrheit

82.954

**Interpellation Magnin
Audiovisuelle Mittel und kulturelle Identität
Audiovisuel et identité culturelle**

Text der Interpellation vom 17. Dezember 1982

Die audiovisuellen Mittel überschwemmen in allen möglichen Formen (Radio, Fernsehen, Video, Teletext usw.) den schweizerischen Markt. Die neuen Formen führen dazu,

dass wir mit ausländischen und inländischen Programmen buchstäblich überflutet werden. Die Privatfirmen profitieren davon, indem sie entsprechende Handelserzeugnisse, die vorwiegend aus den USA stammen, auf den Markt bringen, und sorgen sich kaum um eine Medienkonzeption oder um eine Ordnung im Informationswesen. Dadurch, dass man dieser Entwicklung einfach ihren Lauf lässt, wird unsere kulturelle Eigenständigkeit beeinträchtigt, die für die kulturelle Identität der Schweiz wesentlich ist.

Ist der Bundesrat sich dieser Gefahr bewusst? Welche Massnahmen gedenkt er zu treffen, damit der kulturelle Austausch wieder ins Gleichgewicht kommt?

Ist es nicht enttäuschend, dass unser Botschafter bei der UNESCO das Problem der neuen Ordnung im Informationswesen auf Grundsatzfragen reduziert und so das kulturelle Interesse der Schweiz ausser acht lässt?

Wie stellt sich der Bundesrat zu den Anstrengungen, die Frankreich und Deutschland namentlich im Bereich der Audiovision in Europa unternehmen, um sicherzustellen, dass in jedem Land das ihm eigene Kulturschaffen bestehen kann, was im übrigen auch ein Anliegen der Länder in der Dritten Welt ist?

Texte de l'interpellation du 17 décembre 1982

L'audiovisuel sous toutes les formes (radio, télévision, vidéo, télétexte, etc.) envahit le marché suisse. On assiste à un vrai phénomène d'invasion de l'extérieur par les programmes de télévision étrangers et de l'intérieur par les nouvelles formes d'utilisation. Les firmes privées profitent de cette invasion en mettant sur le marché des produits commerciaux provenant principalement des Etats-Unis et ne se soucient guère d'une conception des médias ou d'un ordre de l'information. Ce laisser faire porte atteinte à la spécificité culturelle qui est essentielle pour le maintien de l'identité culturelle suisse.

Le Conseil fédéral est-il conscient de ce danger et qu'entend-il faire pour rétablir l'équilibre des échanges culturels?

N'est-il pas décevant que notre ambassadeur à l'UNESCO réduise le problème du nouvel ordre de l'information à des questions de principes en négligeant l'intérêt culturel suisse?

Quelle est l'attitude du Conseil fédéral vis-à-vis des efforts allemands et français, notamment dans le cadre de l'espace audiovisuel européen, pour préserver une création culturelle propre à chaque pays, efforts qui rejoignent les soucis des pays du tiers Monde?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Carobbio, Crevoisier, Dafflon (3)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

L'interpellateur renonce au développement et demande une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Rapport écrit du Conseil fédéral

La position géographique et la dimension de la Suisse ont pour effet que notre pays capte davantage d'émissions de l'étranger qu'il n'en diffuse lui-même vers l'extérieur. La mise en service de satellites de télévision directe par les pays voisins ainsi que de satellites de télécommunication pour la transmission de programmes de télévision par d'autres Etats, va encore accentuer cet état de fait. On ne pourrait réaliser un équilibre quantitatif – équilibre qui n'a d'ailleurs pratiquement jamais existé dans l'histoire des médias – qu'à condition de recourir à des mesures contraignantes, ce qui n'entre pas en ligne de compte pour le Conseil fédéral. Ce dernier considère qu'il est souhaitable que le public suisse ait la possibilité de recevoir sur le petit écran des programmes véritablement diversifiés.

Dans cette perspective, les émissions diffusées par les sociétés étrangères de télévision et susceptibles d'être captées chez nous doivent être prises en considération. L'évolution qui se dessine chez nos voisins en matière de

transmission directe de télévision par satellite permettra au public suisse de recevoir davantage de canaux. En revanche, elle ne lui fournira pas nécessairement des programmes fondamentalement différents de ceux qui sont transmis à l'heure actuelle. Ces satellites de télévision directe seront en effet très probablement exploités par des organismes de radiodiffusion déjà connus du public suisse et l'on peut dès lors se demander si le contenu des programmes subira de grands changements.

Contrairement à une opinion répandue, les satellites de télévision directe qui seront mis en service au cours des prochaines années ne permettront pas de recevoir des émissions en provenance de pays éloignés. L'éclipse britannique, par exemple, n'atteindra pas la Suisse et les émissions de la BBC ne pourront pas y être captées. Par contre, les satellites de télécommunication pourraient quant à eux contribuer à un authentique élargissement de l'éventail des programmes. En outre, le souhait exprimé par une partie des téléspectateurs de recevoir des programmes en langue originale devrait être également pris en considération.

Si, sur le plan de la réception, il est nécessaire de demeurer ouvert au monde, il ne fait aucun doute qu'une tâche importante des programmeurs suisses de radio et de télévision sera de contribuer à la sauvegarde de notre identité culturelle. L'ensemble de la problématique qui lui est attachée concerne les petits Etats d'une manière particulière. La création audiovisuelle en Suisse mérite d'être encouragée; c'est dans cet esprit que la Confédération conçoit de plus en plus son rôle dans le domaine de la promotion cinématographique. La Suisse participe en outre activement aux travaux qui se déroulent au sein du Conseil de la Coopération Culturelle du Conseil de l'Europe en matière de promotion de la création face au développement des industries culturelles. Le problème de la sauvegarde de l'identité culturelle fait également l'objet de discussions au sein de l'UNESCO.

De semblables réflexions sont à l'origine de l'initiative française de convoquer une conférence gouvernementale sur une coopération européenne dans le domaine de l'audiovisuel. Si cette conférence voit le jour, la Suisse y prendra part. Par ailleurs, notre pays participe déjà aux travaux du Comité sur les moyens de communication de masse du Conseil de l'Europe.

Les débats au sujet de l'instauration d'un nouvel ordre mondial de l'information et de la communication, qui se déroulent au sein de l'UNESCO, touchent à des questions de principe. Les positions défendues par les divers Etats membres, quant au rôle de la presse, sont profondément divergentes et, en fin de compte, inconciliables, de sorte que les débats demeurent bloqués. La Suisse a un intérêt non seulement politique mais également culturel à une libre circulation de l'information. Ce principe est l'un des éléments fondamentaux sur lesquels repose son système social.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion	29 Stimmen
Dagegen	25 Stimmen

82.535

Interpellation Carobbio

Affäre Banco Ambrosiano-Gelli.

Rolle der Schweizerischen Bankgesellschaft

Affaire Banco Ambrosiano-Gelli. Rôle de l'UBS

Wortlaut der Interpellation vom 29. September 1982

Kürzlich sind in Lugano Flavio Carboni und in Genf Licio Gelli verhaftet worden. Obwohl man von ihrer zweifelhaften Rolle in aufsehenerregenden Finanzaffären im Ausland und

Interpellation Magnin Audiovisuelle Mittel und kulturelle Identität

Interpellation Magnin Audiovisuel et identité culturelle

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1983
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	82.954
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.03.1983 - 08:00
Date	
Data	
Seite	543-544
Page	
Pagina	
Ref. No	20 011 355

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.